

**Rede
der Sprecherin für Entwicklungspolitik**

Claudia Schüßler, MdL

zu TOP Nr. 49

**Haushaltsberatungen 2020 - Haushaltsschwerpunkt
Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale
Entwicklung**

während der Plenarsitzung vom 18.12.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Wirtz, ich wollte hier eigentlich ein paar Worte zum Thema Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe - Einzelplan 02 - verlieren, weil wir darüber noch nicht gesprochen haben. Das gehört zwar haushaltsmäßig in den Einzelplan 02 - Staatskanzlei -, aber vom Thema her zum Bundes- und Europaausschuss. Deshalb meine Wortmeldung.

Zuerst muss ich aber sagen: Ich habe es eigentlich nicht verstanden. Sie haben hier so locker über Dinge gesprochen wie Schließung von Institutionen, die gut funktionieren, mit denen wir gute Erfahrungen gemacht haben, die uns repräsentieren, wo Menschen zusammenkommen - Vernetzung im besten Sinne. Das alles wollen Sie plattmachen. Ich finde es gut, dass Sie das gesagt haben; denn dann weiß man, woran man ist. Die Art und Weise, in der Sie das schildern, finde ich allerdings bedenklich, weil das wieder ein Beitrag dazu ist, zu sagen, was Sie für die Bürgerinnen und Bürger Gutes machen und was wir Schlechtes machen, wo wir Geld verschwenden und wo Sie das nicht tun. Das ist alles falsch. Ich hoffe, dass das auch genauso transportiert wird.

Ich komme auf den Einzelplan 02 - Staatskanzlei - zurück. Ich bin die entwicklungspolitische Sprecherin meiner Fraktion und freue mich, Ihnen berichten zu können, dass wir den Haushaltsansatz um 100.000 Euro auf 712.000 Euro erhöht haben. Ich finde, das ist eine gute Entscheidung. Ich weiß, dass die AfD auch die Haushaltsmittel, die bislang angesetzt waren, streichen möchte. Ich bin erstaunt, dass Sie das nicht erwähnt haben. Die Begründung war hauptsächlich, dass der Bund dafür zuständig ist und nicht das Land.

Ja, in erster Linie ist das so: Der Bund ist verantwortlich für die Entwicklungshilfe. Aber es gibt in diesem breiten Feld seit Jahrzehnten, also schon seit den 60er-Jahren, Gespräche und Beschlüsse über die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bundes- und Landesebene. Es gibt bestimmte Handlungsfelder, die trotz der Zuständigkeit des Bundes an die Länder weitergegeben worden sind. Ich werde sie aus Zeitgründen heute Abend nicht alle nennen - man kann sie auch nachlesen.

Was ich aber sagen möchte: Insbesondere die Partnerschaften, die es zwischen Bundesländern und Regionen gibt, haben sich als ein guter Rahmen erwiesen, um die Kommunen und auch die Zivilgesellschaft für die Entwicklungszusammenarbeit zu mobilisieren.

Auf eben dieser Grundlage haben die Bundesländer eigene entwicklungspolitische Leitlinien erarbeitet. Natürlich gilt das auch für Niedersachsen. Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern sorgt dann dafür, dass es nicht zu Überschneidungen kommt und dass die

entwicklungspolitischen Aktivitäten gut gebündelt werden. In diesem Sinne arbeiten wir auch in Niedersachsen. Aus diesem Grund ist es auch richtig und gut, dass wir den Etat erhöht haben. Wir wollen nämlich als Regierungskoalition im nächsten Jahr ein Zeichen setzen. Wir möchten einen Entschließungsantrag einbringen, in dem wir darum bitten, in unseren Partnerregionen in Tansania oder Eastern Cape - je nachdem, wie sich das Geld verteilen lässt - ein Projekt zur Integration von Flüchtlingen dort vor Ort zu unterstützen.

Denn in unseren afrikanischen Partnerregionen sind flüchtende Menschen eine große Herausforderung - wahrscheinlich eine viel größere als bei uns. Denn wir haben das große Glück, in einem friedlichen und wohlhabenden Teil der Welt zu leben. Wir wissen trotzdem, dass jeden Tag weltweit Menschen, Kinder und Erwachsene, an Hunger, an Krankheiten, durch Gewalt und durch Kriege sterben. Wir wissen, dass 2,6 Milliarden Menschen - das ist fast die Hälfte der Bevölkerung der Entwicklungsländer - keinen Zugang zu Spültoiletten oder anderen hygienischen Formen der sanitären Versorgung haben. Wir wissen auch, dass 67 Millionen Kinder im Grundschulalter keine Möglichkeit haben, eine Schule zu besuchen.

Wer glaubt oder immer noch glaubt, dass dies nichts mit uns und mit unserem Alltag zu tun hat, der muss schon die Augen und auch die Ohren verschließen. Unser Leben ist mit dem Leben der Menschen auf den anderen Kontinenten viel enger verflochten, als es jemals vorher der Fall war. Und wir profitieren weitestgehend davon. Und dieser Umstand, dass wir das tun, der bedeutet eben auch Verantwortung.

Und Verantwortung heißt, dass Globalisierung fair gestaltet werden muss. Das bedeutet natürlich auch, dass es globale Lösungsansätze geben muss. Die Entwicklungszusammenarbeit ist in diesem Zusammenhang ein Instrument, sie ist aber auch ein Gebot der Vernunft. Sie kann die Zukunft der Menschen in den Entwicklungsländern sichern und am Ende auch unsere eigene Zukunft.

Ich will hier auch mal ein Zitat anbringen, und zwar des großen Dramatikers Molière: „Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“ In diesem Sinne schließe ich und wünsche Ihnen allen ein gutes und gesegnetes Weihnachtsfest und uns weiterhin gute Debatten in diesem Haus.